Preis 10 ₰

Hamburger Echo

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Das **Hamburger Echo** erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen. **Bezugspreis:** Monatlich 2,90 Mk., ohne „Lachen links" 2,25 Mk. Wöchentlich 0,70 Mk., ohne „Lachen links" 0,55 Mk., für Abholer 0,65 Mk., ohne „Lachen links" 0,50 Mk. Auch durch die Post zu beziehen. Redaktion: Fehlandstraße 11, erster Stock. Fernsprecher: Elbe 1691 und 1693. Verantwortlicher Redakteur: **Paul Bugdahn, Altona.** Buchhandlung: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Fernsprecher: Elbe 1692. Buchdruckereikontor: Fehlandstr. 11, I. Stock. Fernspr.: Elbe 6620 u. 6621.

Anzeigenpreise verstehen sich in Reichsmark: die 13 gespaltene Nonpareillezeile 40 Pf. Private Familienanzeigen 25 Pf. Stellenangebote 30 Pf. Stellengesuche 25 Pf. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 25 Pf., 10 bis 15 Zeilen die Zeile 30 Pf. Reklamezeile 3 Mk. Anzeigen müssen im voraus oder sofort bezahlt werden. **Anzeigenannahme** Fehlandstr. 11 (Fernspr.: Elbe 1604), Hochpart. (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncenbureaus. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich.

Nummer 242 | **Donnerstag, 2. September 1926** | **52. Jahrgang**

Das kommende Kleinkalibergesetz

Mit verdächtigem Eifer verkündet die gesamte bürgerliche Presse, das Reichskabinett bereite eine gründliche gesetzliche Regelung der „Kleinkaliberfrage" vor. Bekanntlich ist der gegenwärtige Stand der Gesetzgebung so, daß Kleinkaliberwaffen so ziemlich von jedem geführt werden dürfen, der dazu Lust und Geld hat; von der so geschaffenen Möglichkeit, sich für den Bürgerkrieg zu rüsten, haben die schwarz-weiß-roten Verbände aller Art den umfangreichsten Gebrauch gemacht, und auch, wo die Putschverbände verboten worden sind, wie zum Beispiel in Preußen, kann man es nach den gesetzlichen Bestimmungen kaum hindern, daß die einzelnen Mitglieder der aufgelösten Verbände sich auch weiterhin Kleinkaliberwaffen besorgen. So ist alles, was im Bürgertum rechts steht, bis an die Zähne bewaffnet, während die verfassungstreue Bevölkerung wehrlos ist. Trotzdem dieser Zustand schon lange besteht und in der Presse immer wieder zur Sprache gebracht worden ist, fand die Regierung bisher niemals einen Anlaß, dem Uebel abzuhelfen. Nun mit einem Mal soll eingegriffen werden.

Nachdem die Reichsregierung den Bürgerkriegsvorbereitungen solange untätig zugesehen hat, ist es auffällig, daß sie nun plötzlich eingesehen haben soll, daß es so nicht weiter ginge. Sollten es wirklich die altgewohnten Rüstungen der Rechtsputschisten sein, die ihr auf die Nerven fallen? Oder fürchtet sie, es könnten auch die Kreise der verfassungstreuen Arbeiterschaft auf den Gedanken kommen, Kleinkaliber„sport" zu treiben? Das Reichsbanner hat zwar eine Bewaffnung seiner Mitglieder abgelehnt, aber den einzelnen Kameraden gestattet, einzeln oder gruppenweise sich Kleinkaliberwaffen zu beschaffen. Von dieser Erlaubnis ist bisher wenig Gebrauch gemacht worden, aber die Zahl der Kleinkaliberschützen in den Reihen der verfassungstreuen Arbeiterschaft ist immerhin im Zunehmen. Das Kleinkalibermonopol der Schwarz-Weiß-Roten ist also in Gefahr, durchbrochen zu werden. Das ist offenbar das Stichwort für die Reichsregierung, mit einem Gesetzentwurf auf dem Plan zu erscheinen. Unwillkürlich fragen wir uns: soll das Gesetz den Kleinkaliberunfug beseitigen oder nur die lästigen Eindringlinge fernhalten? Soll es dem Waffentragen überhaupt ein Ende machen oder soll es nur die Bewaffnung der Republikaner verhindern?

Was man über den Inhalt des Entwurfs hört, muß mehr als bedenklich stimmen. Das Naturgegebene wäre ein glattes Verbot aller Kleinkaliberwaffen. Ausnahmen — etwa für Jäger oder Einwohner abgelegener Gehöfte — müßten der staatlichen Genehmigung für jeden einzelnen Fall bedürfen, die nur ganz selten und nach genauer Prüfung erteilt werden dürfte. Jeder unbefugte Waffenbesitz müßte mit strengen Strafen bedroht werden. Aber nichts Derartiges wird beabsichtigt. Nur „politischen Vereinen" soll verboten werden, sich zu bewaffnen. Das ist für die Rechte bedeutungslos, denn ihre Vereine behaupten ja samt und sonders, „unpolitisch" zu sein. Und „national" oder „vaterländisch", das ist doch etwas ganz Unpolitisches. Dafür wird das Reichsbanner und jeder Arbeiterverein von unseren deutschnationalen Gerichten natürlich als politisch angesehen werden. Und dann soll auch den „unpolitischen" Vereinen nur gestattet sein, auf je 20 — oder 30 — Mitglieder ein Gewehr zu besitzen. Die einzelnen Mitglieder selbst dürfen für ihr eigenes Geld — oder das Geld von Hugenberg — natürlich so viele Gewehre kaufen wie sie mögen. Ueber diese Zwirnsfäden wird kein einziger Rechtsputschist stolpern. Aber der Arbeiterschaft, von der man annimmt, daß die Anschaffung der recht teueren Kleinkalibergewehre nur auf Vereinskosten erfolgen kann, wird die Bewaffnung erschwert. Dazu kommt, da bei der Buchführung der Rechtsvereine natürlich jede Kontrolle darüber unmöglich ist, ob die vorhandenen Gewehre dem Verein oder den Mitgliedern gehören.

Ein radikales Verbot des Kleinkaliberschießens in jeder Form wäre eine Tat — ein Gesetz, das auf eine Reglementierung der Kleinkaliberschießerei hinausläuft, ist zwecklos und schädlich. Es wird nie gegen Rechtsputschisten, immer nur gegen die Schützer der Verfassung angewandt werden — dafür werden schon die Gerichte sorgen, denen das Gesetz Handhaben genug gibt, wenn es nach den Absichten des Reichsinnenministeriums ginge.

Man erinnert sich, daß Reichsinnenminister Külz sein Ministerdasein den bayrischen Monarchisten verdankt, die durch ihr Ultimatum die Ersetzung des aufrechten Demokraten Koch durch den Auchdemokraten Külz erzwangen. Man muß Herrn Külz zugestehen, daß er die Tugend der Dankbarkeit in hohem Maße bewiesen hat: Er hat die verfassungswidrige Flaggenverordnung Luthers energisch verteidigt; er hat sich für das Verbot des Potemkinfilmes eingesetzt, und nun sorgt er auch für das Wohl der Kleinkaliberschützen. Republikanische Redensarten können an dieser Beurteilung nichts ändern. Die Taten des Reichsinnenministers, der für die gesetzliche Regelung der Kleinkaliberfrage ressortmäßig verantwortlich ist, rechtfertigen von vornherein die schlimmsten Befürchtungen. Sie scheinen sich zu bewahrheiten.

Auch bei den anderen Vorlagen, die im Ressort des Herrn Külz in Vorbereitung sind, — bei dem Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung und bei der Wahlreform — scheint die Neigung zu bestehen, durch Schmälerung der Rechte des Reichstags und Hinaufsetzung des Wahlalters einseitig den Wünschen der Deutschnationalen Rechnung zu tragen. Wenn das Reichskabinett Herrn Külz folgt und auch in der Kleinkaliberfrage die wahrhaft republikanische Lösung — das völlige Schießverbot — durch ein reaktionäres Polizeigesetz voller Fußangeln für die Republikaner ersetzen will, so wird es Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, diesen Plan zum Scheitern zu bringen.

Koalitionsfragen.

Deutschnationale koalitionsunfähig.

Die Germania, der Demokratenführer Koch und der Reichsausschuß der Volkspartei haben gleichzeitig zur Frage der Umgestaltung der Regierungskoalition Stellung genommen, alle drei sind zu dem Schluß gelangt, daß einstweilen fortgewurstelt werden muß. Wir lassen nach Parteien geordnet ohne Kommentar schlagwortartige Auszüge folgen.

Zentrum.

Die Germania knüpft an an den Wirthschen Plan der „Republikanischen Union" und an dem von Graf Westarp angemeldeten Anspruch auf deutschnationaler Teilnahme an der Regierung. Das offizielle Organ der Zentrumspartei meint, Dr. Wirth habe mit dem Wort „republikanisch" kein glückliches Kennzeichen für seine Politik gewählt. Es gäbe Republiken und Republikaner sehr verschiedener Art, „und deshalb könnte den aufrichtigen Republikanern leicht das Mißgeschick widerfahren, daß sie sich eines schönen Tages in Gesellschaft von Republikanern befinden, die etwas ganz anderes wollen als sie selbst."

Die Germania läßt auch keinen Zweifel, wen sie mit diesen neuen Republikanern meint, die in eine republikanische Union nicht passen würden; denn sie sagt, es werde in der Deutschen Volkspartei wohl noch viele geben, die in nationalliberaler Tradition an den politischen Ansprüchen von „Bildung und Besitz" festhalten. Das sei von der Wortprägung zu sagen; Dr. Wirths Ziel sei aber auch das Ziel der Zentrumspartei. Die parlamentarische Grundlegung einer solchen Politik bleibe bis auf weiteres aber doch eine Frage und eine Sorge."

Konsequenterweise lehnt der Artikel die Bemühung Graf Westarps, „mit starker Entschlossenheit und großer Geschicklichkeit" das Zentrum wieder auf den Standpunkt von 1925 zu bringen, schroff ab. „Der Geist, der auf deutschnationalen Parteitagungen, bei Regimentsfeiern, bei Erinnerungsfeiern" und in den vaterländischen Verbänden herrscht, und das Streben nach der Macht im Staat „mit mechanischen Mitteln" müsse unbedingt abgewiesen werden. „Wir möchten uns keine deutschnationalen Kuckuckseier ins Nest legen lassen."

Demokraten.

Dr. Koch erklärt mit Wirth die Festigung des republikanischen Gedankens für nötig; Wege dazu seien: Republikanische Propaganda in Wort und Schrift ist erforderlich. Das Wissen von der demokratischen Idee und ihren Lebensäußerungen ist zu vertiefen. Die Führung in den Aemtern des Staates und der Schule muß in die Hand überzeugter Republikaner gelegt werden. Auf allen diesen Gebieten muß der Republikaner aus der schwächlichen Abwehr oder dem Sichverstecken heraus und in den Stand gesetzt werden, sein Haupt zu erheben. Rückkehr zur Weimarschen Koalition sei gut, scheitere jedoch schon am Widerspruch von Wirths eigener Partei, die im Sommer 1924 die Reichstagsauflösung umging, und es vorzog, den Dawesplan dadurch zu retten, daß Führer der Deutschnationalen gegen die Zustimmung, demnächst in die Regierung aufgenommen zu werden, die peinliche Zusage gaben, zwar beileibe nicht selbst für den Dawesplan zu stimmen, aber doch die Hälfte ihrer Fraktion zu diesem Zweck abzukommandieren. Das Zentrum hat auch im Januar 1925, als nach der Weigerung der Deutschen Volkspartei, an der Großen Koalition teilzunehmen, die Weimarer Koalition in Frage kam, sich geweigert, mitzumachen und eine halbe Beteiligung an der Reichsregierung vorgezogen. Die Sozialdemokratie sei radikalisiert, wie ihr Eintreten für die koalitionsfeindlichen Linkssozialisten in Sachsen beweise, desgleichen ihre Fortsetzung des fruchtlosen Kampfes um eine entschädigungslose Fürstenenteignung. Die Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierungskoalition lehnt Koch ab. Bei der Volkspartei steht er unverkennbare Fortschritte zum Dienst für die Republik, immer mehr tue sich ein Abgrund zwischen Volkspartei und Deutschnationalen auf. Koch erklärt sich für jede Koalition, die die Republik schützt, die der europäischen Verständigung zustrebt, und die die Einheit des Reiches und die Kraft der Reichsregierung stärkt. Diese Absicht gewährleistet am besten eine Mehrheitsregierung. Da die Deutschnationalen einer solchen Zielsetzung widerstreben, bleibt als solche Mehrheitsregierung nur die Große Koalition. Wenn sich aber die Sozialdemokratie einer solchen Regierung versagt, so muß man es entschlossen mit einer Koalition der Mitte, und wenn sich die Deutsche Volkspartei einer solchen Koalition versagt, ebenso entschlossen mit der Weimarer Koalition versuchen. Ueber den Winter soll man den Zusammenhalt der Mitte aufrecht erhalten.

Volkspartei.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat Dienstag zu einer Sitzung zusammen, die sich mit der Vorbereitung des am 2. Oktober in Köln beginnenden Parteitages beschäftigte. In einer Sitzung des Reichsausschusses am Mittwoch erstattete der Parteivorsitzende Dr. Stresemann Bericht über die politische Lage, an den sich eine rege Aussprache anschloß. Sowohl die Beratungen des Parteivorstandes wie die des Reichsausschusses ergaben laut Natl. Korr. die Geschlossenheit der Partei über die Fortführung ihrer bisherigen Politik.

Das Berliner Tageblatt erfährt dazu, in der Reichsausschußsitzung sei der Vorstoß des Dr. Jarres, der die Partei auf eine Arbeitsgemeinschaft mit den Deutschnationalen festzulegen beabsichtigte, vollständig mißglückt. Man wolle

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gesichert?

Abschluß der Studien-Kommission.

SPD. Genf, 1. September. (Eig. Drahtb.)

Die Studienkommission schloß sich am Mittwoch einstimmig bei Stimmenthaltung Spaniens und Deutschlands den bereits gestern mitgeteilten Vereinbarungen der Unterkommission über die Verteilung der nichtständigen Ratssitze an.

Die Nachmittagssitzung trug, ebenso wie die Vormittagssitzung, den Charakter einer

Sympathiekundgebung für Spanien,

indem die Mehrzahl der Redner, und vor allem Lord Cecil, dem Vertreter Spaniens versicherten, daß man dem Wunsche der spanischen Regierung soweit wie möglich Rechnung zu tragen versuche. Gleichzeitig sprachen alle Redner die Hoffnung aus, daß Spanien dem Völkerbund seine Mitarbeit erhalten möge. Der deutsche Delegierte, Botschafter von Hoesch, gab diesem Wunsche ebenfalls Ausdruck und wiederholte die Erklärung von der Maitagung, daß sich Deutschland in diese internen Fragen des Völkerbundes einstweilen nicht einmischen könne und sich deshalb der Stimme enthalten werde. Die Vertreter Chinas und Polens meldeten noch einmal die Ansprüche ihrer Regierungen an. Beide erklärten indessen die Bereitschaft, die Forderung auf einen späteren Zeitpunkt zurückzustellen.

Der Vorsitzende der Kommission, Motta, faßte dann nochmals alle die Gründe zusammen, die für die weitere Mitarbeit Spaniens im Völkerbund und gegen eine Vermehrung der ständigen Ratssitze vorgebracht worden waren. Daraufhin ergriff unter allgemeiner Spannung der spanische Delegierte das Wort. Er dankte zunächst für das Wohlwollen, das von allen Rednern Spanien bezeugt wurde und erklärte,

seine Regierung werde die Lage noch einmal genau und eingehend prüfen.

Die Forderung Spaniens unterliege nunmehr der letzten Entscheidung durch den Völkerbundsrat und er müsse sich vorbehalten, mit Ermächtigung des Präsidenten der Kommission den spanischen Antrag als Minderheitsbericht der Kommission an den Völkerbundsrat weiterzuleiten. Allgemein wurden die Worte des Vertreters Spaniens dahin aufgefaßt, daß

Spanien wenigstens vorläufig auf einen Austritt aus dem Völkerbund verzichtet.

In einem Schlußwort betonte Präsident Motta, in der Kommission herrsche Einstimmigkeit darüber, daß eine

Vermehrung der ständigen Ratssitze nicht möglich

sei. Von keiner Seite sei ein Zweifel darüber geäußert worden, daß Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund ein ständiger Ratssitz zuerkannt wird. Er schlug der Kommission vor, ihre Aufgabe als beendet zu betrachten. Sie wird am Donnerstag abend lediglich noch zu einer kurzen Schlußsitzung zusammentreten, um den Bericht an den Völkerbundsrat zu genehmigen.

*

Kampf um Tanger.

Nachdem es den Anschein hat, daß Spanien seine Genfer Partie verloren hat, will es offenbar mit Gewalt in dem zweiten von ihm angezettelten Spiel, in der Tangerfrage, einen Erfolg erringen. Unser Madrider Berichterstatter schreibt uns:

Die spanische Regierung versucht neuerdings eine Erörterung der Tangerfrage zu erzwingen. Auch hierbei hat Italien wieder seine Hand im Spiel. Es zeigt sich jedenfalls immer mehr, daß

die beiden Diktatoren in der ganzen Angelegenheit völlig einheitlich operieren.

Von diesem Bestreben dürfte auch das spanische Verlangen nach einer Ausweisung des Administrators der französischen Depesche Marocaine diktiert sein. Dieses Blatt brachte in der letzten Zeit wiederholt scharfe Artikel gegen die spanischen Tangeransprüche. Der spanische diplomatische Vertreter in Tanger beschwerte sich darüber und setzte schließlich die Ausweisung des Direktors der Depesche Marocaine aus der internationalen Zone von Tanger durch. Dem ersten Schritt ist jetzt der zweite gefolgt, und zwar mit voller Unterstützung des italienischen Generalkonsuls in Tanger. Die Ausweisung des Administrators wurde bisher zwar nicht verfügt, aber es ist anzunehmen, daß selbst für den Fall einer Ausweisung mit negativem Erfolg von spanischer und italienischer Seite noch weitere Schritte getan werden und eine Situation herbeigeführt wird, die Frankreich und England schließlich zu einer Diskussion über das Tangerproblem im spanisch-italienischen Sinne zwingt. Briand wird denken: Schöne Bundesgenossen!

*

Eine weitere Genfer Tagung.

Um den Beitritt Amerikas zum Völkerbund.

SPD. Genf, 2. September. (Rundfunk.)

Im Internationalen Arbeitsamt trat am Mittwoch die Konferenz zur Prüfung der amerikanischen Vorbehalte gegenüber dem ständigen Haager Gerichtshof zusammen. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des Holländers Ehsenga tagt, ist von 39 Staaten besucht. Der Vorsitzende erklärte in seiner Eröffnungsansprache, daß es nicht schwer sein werde, die Wünsche der Vereinigten Staaten zu befriedigen. Ihr Eintritt werde für die Zukunft des Haager Gerichtshofes von größter Bedeutung sein. Der Vorbehalt der Vereinigten Staaten beruhe in der Hauptsache darauf, daß diese nicht Mitglied des Völkerbundes werden wollen, vor allem deshalb, weil der Völkerbund auf dem Vertrag von Versailles beruht.

*

Verband für europäische Verständigung.

SPD. Genf, 2. September. (Rundfunk.)

Der Verband für europäische Verständigung hält am Donnerstag und Freitag in Genf eine Organisationskonferenz ab, an der Vertretungen aus 18 Ländern teilnehmen werden. — Der Rat der Interparlamentarischen Union beschloß, die nächstjährige Konferenz der Union in Paris abzuhalten. Die Konferenz soll sich vor allem beschäftigen mit der Bekämpfung der Betäubungsmittel, der Abrüstung und der Frage der europäischen Einigung.

Erfüllung der Reparationspflicht.

Zahlungen gemäß Dawesplan.

WTB. Berlin, 1. September. Der Generalagent für Reparationszahlungen teilt mit, daß mit der heute früh erfolgten Zahlung von 45 000 000 ℳ durch die Deutsche Reichsbahngesellschaft Deutschland den vollen Betrag der im Sachverständigenbericht für das zweite Jahr vorgesehenen **Jahreszahlung von 1 220 000 000 ℳ** gezahlt hat, mit Ausnahme eines kleineren Betrags von etwa 8 Millionen Mark aus der Transportsteuer, der erst am 21. September 1926 fällig ist. Die heute von der Deutschen Reichsbahngesellschaft geleistete Zahlung stellt den am 1. September fälligen Zinsenbetrag für die Reparationsbonds für das zweite Jahr dar. Deutschland kommt demnach seinen Verpflichtungen pünktlich nach und hat die während des zweiten Jahres des Dawesplanes fälligen Zahlungen pünktlich geleistet.

Die bisher als Zahlung auf die zweite Jahresrate eingegangenen Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

1. Beitrag aus dem deutschen Budget 250 000 000 ℳ,
2. Zinsen auf deutsche Eisenbahnbonds 595 000 000 ℳ,
3. Transportsteuer 241 905 000 ℳ,
4. Zinsen auf deutsche Industrieobligationen 125 000 000 ℳ.

Insgesamt: 1 211 905 000 ℳ.

Gottwert Ingram und sein Werk

Roman von Gustav Schröer.

[21]

Johannes Siebert zog sich um, ging in die Kammer der Eltern und erzählte, was geschehen war. Da stand seine Mutter auf und lief zu Bertha Ingram.

„Bertha, eben ist Johannes dagewesen. Dein Mann hat ihn geschickt. Er soll Dir ausrichten, Du sollst Dich ja nicht ängstigen. Es geht ihm gut, und er ist jetzt auf dem Beerenfleckel bei den Leuten, weil nichts mehr zu tun ist. Es ist finster, und alles steht unter Wasser."

„Ist jemand ertrunken?"

„Ja, dem Hornriegel seine Magd, die ihre Gedanken nicht mehr zusammenbringen konnte."

„Also doch wieder eins."

„Soll Johannes Deinem Mann was ausrichten?"

„Nein. Er soll auch an sich denken. Weiter nichts."

Johannes Siebert kehrte stehenden Fußes zurück, brachte Ingram und dem Doktor vorsorglich trockene Kleider mit, und fand die beiden bei den armen Menschen, die das Wasser vertrieben hatte. Es waren ihrer weit mehr, die auf dem Beerenfleckel an der Triebswand zusammengekommen waren, als vor zehn Jahren. Dumpf und stumpf hockten die meisten auf der Erde inmitten ihrer armseligen Habe. Mütter drückten die Kinder an sich. „Daß mir keins fortläuft! Gott sei Dank, daß wir wenigstens alle beisammen sind."

Von drüben brauste und brüllte der Ingel. Wenn der Mond zwischen den Wolkenfetzen herausblickte, sah man die Häuser deutlich im wogenden Wasser stehen. „Dort ist unser Haus, dort Nachbar Schmidt seins. Die Scheune steht nicht mehr. — Hörst Du, da muß wieder eins eingestürzt sein. Lieber Gott, wann hört das Elend einmal auf?" Klagen, Jammern, aber kein Aufschreien, kein Sturmlauf gegen den Himmel. Die Menschen waren gewohnt, das Schicksal drohend über sich zu wissen. Das hatte sie dumpf und stumpf gemacht. Ingram trat da heran und dort. „Seid Ihr alle beieinander? Ja? Dann ist ja wenigstens das Aergste nicht geschehn." Er strich einem Knaben über den Scheitel. „Junge, so alt wie Du war ich auch, als ich das erste große Wasser erlebte. Gelt, das ist böse. Wenn Du größer bist, mußt Du auch mit helfen, daß es nicht wieder geschieht." Der Bauer traf auf ein paar Männer, die sich nebeneinander gesetzt hatten und die Köpfe hängen ließen. „Gibt's jetzt nichts mehr zu tun?" brauste er auf. „Das Vieh verläuft sich im Holze. Treibt's zusammen. Was sollen die Weiber machen, wenn sich schon die Männer zusammenhocken und flennen. Geht da hinüber. Auguste Schneider hat Kaffee auf dem Feuer gekocht. Trinkt einen Schluck und dann kümmert Euch um das Vieh."

Maurer Bartel hatte ein Büchlein auf dem Schoße und schrieb.

„Was schreibst Du denn da?" fragte Ingram.

„Ich schreibe auf, was wir in der Stube hatten. Das muß mir gut getan werden."

Ingram lachte bitter. „Schreib nicht zu wenig, Barthel. Es kann niemand nachkommen. Vielleicht kannst Du noch ein Geschäftchen machen." Weg war der Bauer. Er stand bei dem nächsten Haufen.

Als der Morgen kam und die Sonne das Tal fand, da verstummten Murren und Klagen, da blieb einzig ein tiefes, schweigendes Erschrecken übrig. Bis auf wenige rechts des Flusses gelegene Häuser, einschließlich Kirche, Schule und Pfarrhaus, alles unter Wasser. Die Häuser Inseln, um die her da die Fluten rascher trieben, dort langsamer, da quirlten, dort stillstanden. Das Haus des Zimmermanns Riedel war ganz weg, von den anderen Gehöften waren Ställe, Schuppen, Scheunen niedergerissen. Vom Wohnhaus des Meißner war die Hälfte fortgerissen. Aus der andern hörte man die Leute um Hilfe rufen.

Grau und massig ragten Torstein und Geier in den Morgen herauf. Zwischen ihnen brüllten die Wasser. Das Tosen drang wie Donner hinab in das Tal. Von den Felsenbergen aus bis über Niederingeln hinab ein einziger graugelber, schmutziger See, in dessen Mitte man den Ingel an dem raschen Dahinströmen des Wassers erkannte. Rot lag das Morgenlicht auf der Flut, griff zwischen kahlen Dachsparren hindurch, glitzerte in Tränen, die stille Menschen leise weinten, suchte sich seine Pfade zwischen grünem Blättergewirr hindurch und bot den Vögeln freundlich: Guten Morgen. Die schüttelten das Gefieder, flogen hinauf in das Wipfelgeäst und sangen ihre Lieder.

Ingram lehnte allein an einem Baume und sah trübe auf die Wasser, die sich von Bergwand zu Bergwand dehnten. Wieder einmal Not, unerhörte Not. Wann kam die nächste? Wer vermochte zu sagen, ob das Bild nicht schon in diesem Jahre noch einmal das gleiche furchtbare war. Der Mann sah sich wieder die Wege gehen, die er gegangen war, hörte sich reden, bitten, drängen, drohen, lächelte bitter. Geschäft. Alles ist Geschäft. Wenn wir Geschäfte machen, bändigen wir auch den Ingel.

Ein Rotkehlchen sang über ihm und weckte ihn. Doktor Weigand trat heran. Ingram wies auf die Flut. „So sieht's aus, Doktor. So sehe ich das nicht zum ersten Male; aber, will's Gott, soll es das letztemal sein. — Komm, wir wollen meine Frau holen. Ueber Rödel weg können wir nach Oberingeln hereinkommen."

*

Nach drei Tagen war das Wasser soweit abgelaufen, daß nur da und dort noch einzelne Lachen standen. Die Leute von Niederingeln waren auf Jahre hinaus geschlagen.

Menschen strömten herein in das unglückliche Tal, die Verwüstungen zu sehen. Die Zeitschriften brachten Bilder von den Unglücksstätten.

Der Oberpräsident der Provinz kam im Auftrage des Ministers, den Heimgesuchten Teilnahme auszusprechen und Hilfe in Aussicht zu stellen. Die Bauern von Oberingeln, Weißenbach, Tiefenort, Döllern, nahmen das Vieh der Niederingelner auf oder schickten Wagen voll Stroh und Futter.

Der Schulze von Niederingeln war weder der Not noch der Hilfe gewachsen. Er bat Ingram: „Gottwert, mach Du's für mich. Ich kann nicht so fort mit dem Reden."

Der Landrat stellte Ingram dem Oberpräsidenten als denjenigen vor, der weitaus am klügsten, raschesten und selbstlosesten nicht nur zugegriffen, als das Wasser kam, sondern auch durch seine Warnung und sein entschlossenes Antreiben der Leute noch größeres Elend verhütet hatte.

Das Ende langer Verhandlungen war zunächst die Bildung einer Kommission zur Heranziehung von Hilfe und Verteilung eingegangener Gaben. Ingram, dem der Vorsitz angetragen wurde, lehnte ab und schlug dafür Lehrer Hausmann vor, dem fünf angesehene, ehrliche Männer beigegeben wurden.

Lange Erörterungen waren zu Ende, die Sitzung sollte geschlossen werden, da erbat Ingram noch einmal das Wort. „Meine Herren," sagte er, „ich weiß gewiß, daß, was für den Augenblick geschehen kann, geschehen ist und sich auswirken wird, aber — was tun wir, um dem gleichen Elend vorzubeugen? Wir werden die Häuser aufbauen; in etlichen Jahren sind auch die Felder wieder in Ordnung. Gut. Wer aber bürgt dafür, daß nicht noch in diesem Jahre eine zweite Ueberschwemmung kommt, wer dafür, daß sie nicht nächstes Jahr kommt? Was wir den Niederingelnern bringen, ist halbe Hilfe. Ganze Hilfe sieht anders aus. Es gibt nur eines, das das Tal dauernd vor Ueberschwemmungen schützt. Droben zwischen Torstein und Geier muß die Mauer errichtet werden. Herr Oberpräsident, wir bitten, alles einzusetzen, daß die Talsperre von Oberingeln gebaut wird."

Am Abend wußte jedes Kind von Oberingeln, daß Gottwert Ingram den Bau der Talsperre gefordert hatte. Die Männer trafen sich im Wirtshause. Sie waren unruhig, sie wollten dem Schulzen grollen, aber es fiel kein lautes, wildes Wort. Ingram hat es gesagt. Was sind wir gegen Ingram? Er hat es gesagt. Mußte er nicht?

(Fortsetzung folgt.)